

VON C. FUCHS, J. GOETZ,  
H. LEYENDECKER, K. OTT,  
N. SCHENCK UND T. SCHULTZ

In Somalia besaß Yusuf A. zwei Häuser und mehrere Autos, er hatte Geld und auch Macht. Er war Politiker, saß im Parlament und zeitweise sogar im Kabinett. Jetzt lebt er in einer schäbigen kleinen Wohnung in einem Münchner Gewerbegebiet. Arbeit hat A. bisher nicht gefunden, er ist häufig krank. Seinen Wohlstand hat Yusuf A. verloren, dafür ist er jetzt halbwegs sicher. In Somalia bedrohten ihn die Islamisten von al-Shabaab – und es blieb nicht bei Drohungen. Eines Tages landete eine Granate in seinem Haus, ein Mitarbeiter kam ums Leben. A. flüchtete nach Deutschland.

Erstaunlich fix bekam er das Bleibeerecht, und er durfte auch seine Frau und sieben Kinder nachholen. Die deutschen Behörden – und vermutlich nicht nur sie – zeigten großes Interesse an ihm. Fünf Mal innerhalb von sechs Wochen hätten sie ihn befragt, sagt er. Die Treffen dauerten jeweils mehrere Stunden. Anhörungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind normalerweise nicht so intensiv. Doch im Fall A. kam eine andere Behörde ins Spiel, die kaum jemand kennt: die „Hauptstelle für Befragungswesen“ (HBW).



Wie Geheimdienste  
Asylbewerber aushorchen

Diese geheimnisvolle Einrichtung hat sich darauf spezialisiert, das Wissen von Flüchtlingen abzuschöpfen, und arbeitet, wie Nachrichtendienste betonen, in einem „sicherheitsempfindlichen Bereich“. Wie der Bundesnachrichtendienst (BND) ist sie direkt dem Kanzleramt unterstellt. Der BND will nicht verraten, ob und was er mit der Hauptstelle zu tun hat. Selbst bei Nachfragen im Parlament zum Thema HBW bleibt die Bundesregierung seltsam wortkarg. Aus alten Akten des Berliner Verwaltungsgerichts geht allerdings hervor, dass die einst von den Westalliierten gegründete „Hauptstelle“ bereits Ende der Fünfzigerjahre dem BND zugeordnet war. Ein Referent des Dienstes hatte 1983 als Zeuge in einem Asylprozess das Befragungswesen als „Einrichtung der offenen Beschattung“ bezeichnet. Eine Institution aus der Schattenwelt also. Wenn die HBW ins Spiel kommt, geht es immer auch um Geheimdienste, deren Geschäfte und die Spiele der Geheimen.

Und die Flüchtlinge? Sie waren zu allen Zeiten die Quellen, die sprudeln und umfassend Auskunft geben sollten: über die Verhältnisse in ihrer Heimat, am besten auch über Politiker, über Terroristen und deren Netzwerk.

Was Yusuf A. den Leuten von der Hauptstelle so alles erzählt hat, will er nicht verraten. Ein Detail nennt er dann aber doch. Bei einem Treffen habe er die Telefonnummer eines Al-Shabaab-Führers weitergereicht. Er kannte dessen Frau, weil sie aus dem selben Ort kam wie er. Auf Drängen der wissbegierigen Beamten in Deutschland hat er sie kontaktiert und ihr die Handydaten ihres Mannes entlockt. Wozu brauchen deutsche Beamte die Handynummer eines mutmaßlichen Terroristen in Somalia? Wollen sie ihn anrufen? Oder sammeln sie Nummern? A. fand noch heraus, dass der Islam sein Telefon nur selten und kurz einschaltet, meistens lässt er Mitarbeiter für ihn sprechen, mit wechselnden Telefonen. Das hat er seinen Befragern berichtet.

Yusuf A. ist sich mittlerweile nicht mehr sicher, ob es richtig war, die Nummer weiterzugeben. Mit Nummern kann man heutzutage so mancherlei machen. Handydaten können beispielsweise helfen, Menschen zu orten, und wenn die Deutschen wichtige Rufnummern bekommen, kann der BND sie an die Amerikaner weiterleiten. Auch in seiner Heimat Somalia führen die USA einen Drohnenkrieg, der rechtlich fragwürdig ist und bei dem immer wieder auch Menschen sterben, die mit Terrorgruppen wie al-Shabaab und al-Qaida

# Hauptstelle Horch

Eine deutsche Behörde schöpft Asylbewerber ab – ihr Wissen kann für den Drohnenkrieg der USA wichtig sein



Zu den Büros im vierten Stock führt keine Treppe, sondern nur ein gesicherter Aufzug. Die Hauptstelle für Befragungswesen am Hohenzollern-damm in Berlin. FOTO: MICHAEL GOTTSCHALK/PHOTOTHEK

nichts zu tun haben. Das weiß auch Yusuf A. Mit fester Stimme sagt er: „Man muss al-Shabaab angreifen. Das sind üble Leute.“ Aber er möchte nicht, dass Zivilisten sterben.

Weiß er, was mit seinen Informationen geschieht? Flüchtlinge wie A., die von der Hauptstelle für Befragungswesen interviewt werden, erfahren das nie. Viele von ihnen haben verschwurbelte Anschriften von der Hauptstelle erhalten: Die „sicherheitspolitische Lage weltweit“ mache es erforderlich, über Aspekte „in Ihrem Heimatland“ Informationen zu erhalten. Da gibt es beispielsweise einen Fragebogen für Afghanen: „Die Leute in meinem Heimatort unterstützen offen die Taliban – dazu Antwortkästchen mit „ja“ oder „nein“. Die Hauptstelle will wissen, wie die Versorgung mit Ärzten und Trinkwasser im Heimatort ist, wie die Soldaten aus dem Ausland bewertet werden und ob die Menschen glauben, dass die afghanische Regierung die Lage stabil halten kann. Die Fragen sind in der afghanischen Amtssprache Dari formuliert.

Mit dem Ausfüllen eines Fragebogens ist es oft nicht getan. Da kündigten sich schon mal zwei Frauen von der HBW an, plus Dolmetscher, um in einem persönlichen Gespräch mehr zu erfahren. Eine Rechtsanwältin aus dem Norden erzählt von einem Mandanten, der in Afghanistan der US-Armee geholfen hat und nun in Deutschland bleiben darf. Er sei in seiner Flüchtlingsunterkunft von der HBW befragt worden, die Anwältin erfuhr erst hinterher davon. Sie nennt die Zusammenarbeit mit der HBW eine „Gratwanderung“. Es sei nicht klar, sagt die Anwältin, wohin die Informationen gelangen und welche Folgen eine Teilnahme oder Nichtteilnahme für den Flüchtling haben.

Nach Angaben der Bundesregierung ist die Teilnahme freiwillig, angeblich hat sie keinen Einfluss auf Dauer und Erfolg eines Asylverfahrens. Es ist aber auffällig, wie zügig Flüchtlinge anerkannt werden, wenn sie die Neugier der Hauptstelle stillen konnten. Zudem argumentieren Anwälte, dass ihre Mandanten nach einer Befragung erst recht gefährdet wären, wenn man sie in ihre alte Heimat abschieben würde. Es kommt ja nicht überall gut an, wenn sich jemand mit einem westlichen Geheimdienst oder ähnlichen Stellen eingelassen hat.

Die Bundesregierung spricht von „Nachfluchtgründen“, die erst nach Verlassen der Heimat eines Flüchtlings eintreten. Sollten aus der Befragung durch die HBW solche „Nachfluchtgründe“ entstehen, würden sie im Asylverfahren berücksichtigt.



Der Somalier Yusuf A. wurde von der Hauptstelle für Befragungswesen interviewt. FOTO: NIKLAS SCHENCK/NDR

Das klingt kompliziert, auch wenn die Regierung offiziell bestreitet, dass es eine Belohnung gibt. Anwälte von Flüchtlingen haben andere Erfahrungen gemacht. Wer rede und mit der HBW kooperiere, könne mit einem zügigen Verfahren und einem dauerhaften Aufenthaltsrecht rechnen. Die Behörde rate den Asylbewerbern, ohne Rechtsbeistand zu kommen.

„Den Leuten wird klargemacht, dass sie schnellere Anerkennung kriegen, wenn sie da mitmachen“, sagt ein somalischer Dolmetscher. Vor mehr als 20 Jahren kam der Übersetzer nach Deutschland, er hat schon viele Asylbewerber begleitet. Stunde hier sein Name, wäre das nicht gut für ihn und seine Arbeit. Er sagt, zu Anhörungen würden manchmal merkwürdige Leute dazukommen, die sich als Praktikanten ausgeben. „Der Praktikant kommt nicht zu jeder einfachen Anhörung, sondern wenn man denkt, einer weiß mehr.“ Dann werde ein Flüchtling vorzugsweise nach islamistischen Gruppen gefragt, und das in allen Details. Viele Asylbewerber kämen aus Gebieten, in denen die Amerikaner Bomben werfen. Eine Drohne sei eine Waffe, gegen die man sich nicht schützen könne, sagt der Dolmetscher. „Die Leute leben in Angst.“

Der Frankfurter Rechtsanwalt Victor Pfaff hat in den Siebzigerjahren miterlebt, wie Asylbewerber in der Aufnahmeunterkunft drei Zimmer durchlaufen mussten. In einem habe ein deutscher Beamter gesessen, in den anderen Vertreter der US-Geheimdienste. Auf einem Schild stand „Liaison Officer“ (Verbindungsoffizier). Später kam Pfaff auch mit der HBW in Kontakt. Er hält es für ein legitimes Interesse des deutschen Staates, dass niemand im Land bleiben darf, der ein Sicherheitsrisiko darstellt. Auch dies könnte ja ein Ergebnis aus Befragungen der HBW sein. Komme es al-

lerdings zur Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten, „kann es problematisch sein“, sagt Pfaff.

In den Achtzigerjahren wurde bekannt, dass Angaben türkischer Flüchtlinge nach HBW/BND-Befragungen irgendwie beim türkischen Geheimdienst gelandet waren. Ein BND-Referent beteuerte damals, es würde sich um einen „groben Pflichtverstoß“ handeln, wenn die Behörde so was gemacht hätte. Aber in Schwerpunktbereichen und in Sachen Terrorismusbekämpfung arbeite man auch mit dem Geheimdienst der Türkei zusammen.

Die Methoden, die Erklärungen, die Beteuerungen aus diesen Tagen klingen seltsam vertraut. Vor drei Jahren hat ein Insider unter dem Pseudonym Jack Dawson einen Aufsatz der Fachzeitschrift *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies* geschrieben. Demnach ist die Hauptstelle Teil eines gemeinsamen Befragungsprogramms von Deutschland, Großbritannien und den USA („Tripartite Debriefing Programme“). Früher soll auch Frankreich mitgemacht haben. Britische und amerikanische Geheimdienste hätten 2008 in Berlin gemeinsam mit den Deutschen das 50-jährige Bestehen der HBW gefeiert.

Nach Dawsons Angaben befragen britische oder amerikanische Geheimdienstleute die Asylbewerber in Deutschland manchmal sogar alleine, ohne deutsche Begleiter. Auf Anfrage teilt Dawson Ende Oktober mit, nach seinem Kenntnisstand gebe es weiterhin ein Programm der drei Partner. Die beteiligten Dienste wollten Zugang zu wichtigen Informationen aus den Befragungen bekommen. Wäre es ein „grober Pflichtverstoß“, wenn die US-Dienste immer und alles mitlesen könnten?

Konfrontiert mit Dawsons Informationen, hüllt sich die Bundesregierung in wortreiches Schweigen. In gedrehten Sätzen wird auf Vorschriften der Geheimhaltung verwiesen. Durch „detaillierte Beantwortung der Fragen würden Einzelheiten zur Methodik bekannt, die die weitere Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung von HBW und BND gefährden würden.“ Und auch die zuständigen US-Behörden beantworteten eine Anfrage zur HBW nicht.

Befragt werden vor allem  
Personen aus Afghanistan,  
Somalia, dem Irak und Syrien

Klar, dass man die Zentrale der HBW am Hohenzollerndamm 150 in Berlin-Wilmersdorf nicht so einfach besuchen kann. Vor dem Haus liegt ein gepflegtes Gärtchen. Im vierten Stock sind die HBW-Leute untergebracht, aus einem Erkerfenster können sie nach unten blicken. Nach oben kommt man aber nicht so leicht. Keine Treppe führt hinauf – nur ein Fahrstuhl, für den man einen Schlüssel braucht.

Weitere Büros soll die HBW unter anderem in Nürnberg, Mainz und Hannover sowie in sechs Aufnahmелagern haben. Nicht einmal dazu will die Bundesregierung sich äußern. Sie bestätigt lediglich, dass es eine Dienststelle im Grenzschutzlager Friedland gibt. Insgesamt würden fast 40 Mitarbeiter bei der HBW arbeiten.

Mittlerweile konzentrieren sich die Befragter auf Afghanistan, Somalia, den Irak und Syrien. In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen teilte die Bundesregierung Ende 2012 mit, seit dem Jahr 2000 würden jährlich etwa 500 bis 1000 „Vorgespräche“ mit Flüchtlingen und Aussiedlern geführt. Daraus ergäben sich anschließend jeweils 50 bis 100 Befragungen. Vorige Woche teilte das Innenministerium auf eine Anfrage der Linken mit, dass derzeit jeden Monat etwa zehn syrische Flüchtlinge durch die HBW „kontaktiert“ würden.

Nicht alles, was die Asylbewerber erzählen, ist allerdings auch wahr. Der Iraker Rafed Ahmed Alwan kam 1999 im Aufnahmelager Zirndorf an und wurde dort befragt. Er lieferte dem BND angebliche Erkenntnisse über Biowaffen-Labore im Irak, die an die Amerikaner weitergegeben wurden. Von der CIA erhielt der Iraker den Quellenamen „Curveball“. Seine Angaben nutzte die US-Regierung später zur Rechtfertigung der Invasion im Irak. Doch die vermeintlichen Fakten waren falsch, es gab die Labore gar nicht. Alwan alias Curveball bekam einen deutschen Pass und einen Vertrag bei einer BND-Tarnfirma.

Derzeit sucht der BND übrigens „freiwillige Mitarbeiter“, die Somali sprechen können. Bewerber sollen ihre Anfrage selbst in der Familie „diskret“ behandeln. Yusuf A. wird sich wohl nicht bewerben.

Am Donnerstag in der Serie **Der geheime Krieg**: Wie deutsche Behörden eine hochumstrittene Polizeizentrale in Kenia unterstützen